

Bern

Berner Wasserversorger fordern Pestizid-Verbot

Trinkwasser Das Seeland ist von der Verunreinigung des Grundwassers mit Pestiziden besonders stark betroffen. Die Verunsicherung der Bevölkerung nimmt zu.

Andres Marti

Können die Seeländer ihr Hahnenwasser noch unbedenklich trinken? Oder sollten sie jetzt beispielsweise den Schoppen für das Neugeborene gescheiter mit Wasser aus dem Supermarkt anmischen? «Die Verunsicherung ist gross», sagt Roman Wiget, Chef der Seeländischen Wasserversorgung (SWG). Grund sind Berichte über Pestizidrückstände im Grundwasser. Konkret geht es um das Fungizid Chlorothalonil beziehungsweise dessen Abbauprodukte. Die EU hat den Stoff vor kurzem verboten: Eine von ihr in Auftrag gegebene Studie kam zum Schluss, dass der Wirkstoff Krebs verursachen kann. Auch Veränderungen im Erbgut konnten nicht ausgeschlossen werden. Von Verunreinigung im Grundwasser ist im Kanton Bern das Seeland, die «Gemüseammer der Nation» besonders stark betroffen, wie das SRF-«Regionaljournal» kürzlich berichtete.

Belastetes Seeland

Bereits im Mai wurden im Kanton Bern bei mehr als 100 Grundwasserfassungen Proben genommen. Bei zehn Messstellen war der Grenzwert überschritten, teilweise um das Zehnfache. Bekannt ist jetzt auch: Sieben der zehn Fassungen liegen im Seeland – zwei davon werden für das Trinkwasser verwendet. Wo diese genau stehen, verrät das für die Kontrolle zuständige kantonale Gewässer- und Bodenschutzlabor nicht.

Seitdem erhält die Seeländische Wasserversorgung fast täglich Anrufe von besorgten Kunden. Obwohl eine Trinkwasserfassung der SWG von einer zu hohen Chlorothalonil-Konzentration betroffen sei, könne er die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen einhalten, sagt Wiget. Dies dank dem Mischen mit Wasser aus einer direkt an der Aare gelegenen Grundwasserfassung.

Eine Gefährdung der Gesundheit schliessen die Behörden allerdings auch bei kontaminiertem Trinkwasser aus. Die überschrittenen Grenzwerte bedeuteten lediglich, dass die Wasserversorger handeln müssten. Etwa indem sie innerhalb eines Monats das kontaminierte Wasser mit unbelastetem mischen. Wo dies nicht möglich ist, müssen die Wasserversorger innerhalb von zwei Jahren neue Leitungen zu sauberen Wasserfassungen verlegen.

Bei den Wasserversorgern sorgt dies für Unmut. Das Verdünnen, also Mischen von Wasser sei normalerweise nicht einfach, sagt Bernhard Gyger, Chef Wasserverbund Region Bern. Und in zwei Jahren eine neue Leitung zu ziehen, bezeichnet er als «extrem sportlich». Um das Problem des kontaminierten Wassers zu lösen, müsse stattdessen «in Trinkwassergebieten der Pestizideinsatz drastisch gesenkt werden», sagt Gyger.

Noch deutlicher wird sein Kollege aus dem Seeland: Wiget sieht die Wasserversorger im



In der Schweiz kommt das Fungizid Chlorothalonil seit den 1970er-Jahren zum Einsatz. Foto: Keystone

«Wenn problematische Stoffe ins Grundwasser gelangen, muss gehandelt werden.»

Hans Jörg Rüegegger
Präsident Berner Bauernverband

Seeland «am Ende einer langen Kette von Entgleisungen». Wiget sagt: «Es kann doch nicht sein, dass Trinkwasserfassungen wegen Verunreinigungen geschlossen werden, die Bauern den Stoff aber weiterhin in der Landi kaufen können.» Die Politik müsse jetzt handeln und das Pestizid verbieten. Zudem fordert Wiget eine Änderung des Zulassungsverfahrens. «Das Vorsorgeprinzip ist hier mehrfach übergangen worden.» Die Wasserversorger im Seeland seien in der Vergangenheit immer wieder mit Verunreinigungen aus der Landwirtschaft konfrontiert worden. «Der aktuelle Fall ist jedoch der bislang folgenreichste.»

Bauern gegen ein Verbot

Beim Berner Bauernverband habe man das Thema Chlorothalonil «intensiv diskutiert», sagt dessen Präsident Hans Jörg Rüegegger. «Wenn problematische Stoffe ins Grundwasser gelangen, muss gehandelt werden, das ist klar.» Er verweist auf das vom Kanton Bern lancierte Berner Pflanzenschutzprojekt. Dieses hat zum Ziel, die Pestizid-

belastungen der Gewässer mit freiwilligen Massnahmen zu senken. Zudem sieht der Bauernverband im Seeland Alternativen: Denkbar sei etwa der vermehrte Einsatz von Gewächshäusern, deren Abwässer nicht ins Grundwasser gelangten, so Rüegegger. Ein generelles Verbot von Pflanzenschutzmitteln lehnt er jedoch entschieden ab: «Wenn die Trinkwasserversorger die Biolandwirtschaft fordern, haben sie die Land- und Ernährungswirtschaft nicht begriffen.» Eine komplette Umstellung auf Biolandbau würde nämlich nur zu mehr Importen aus dem Ausland führen, wo weiterhin Pestizide eingesetzt werden.

Rund 45 Tonnen Chlorothalonil wurden im Jahr 2017 in der Schweiz verkauft. Nachdem die Europäische Union den Stoff verboten hat, stuft nun die Eidgenossenschaft das Pestizid als «möglicherweise gesundheitsschädigend» ein. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat vor kurzem ein Verfahren für den Entzug der Bewilligung für Chlorothalonil eingeleitet.